

hmer-Enger und
angelbrecht-Sundern
ie Michoff, 66
Bemhöner, 60
r.
gehobenen Vereine
organisationen an:
rier-Sänger-Band
irt Pieper, Fried.
ndtstraße.
r, Kramstraße.
ei Wedmann, Gr.
Holz, Restauration
Herforderstraße.
Berliner Hof,
IV bei Tzschorn.
ger, Schmiedestr. 9.
ris" 8 1/2 Uhr bei
Engersdorfstraße.
Deimoldstraße
Henschelstraße
Turnerstraße.
el, Hallerweg.
l, Herforderstraße.
Dr. Karlsrufer.
Auf" 8 1/2 Uhr bei
Karl Schröder.
8 1/2 Uhr im Ver.
b. Wirt Rohrmann.
Hage" 8 Uhr
der Turnhalle.
Uhr bei Indiefel,
im Riermannschen
8 1/2 Uhr bei Wirt
Auf" 8 1/2 Uhr bei
s" 9 Uhr bei Wirt
abends 7 Uhr bei
bei Tiemeier, Elst-
Uhr bei Liebke,
grün" 9 Uhr beim
Uhr bei Käge.
" 9 Uhr bei Wirt
rath" 8 1/2 Uhr bei
it" 8 1/2 Uhr bei
abends 7 Uhr bei
ke.
8 1/2 Uhr bei Karl
stwirtschaftl. Rohrmann,
Uhr bei Gastwirt
Männerchor.
Uhr im Schann-
ach bewährte
Nahrung bei:
nddurchfall,
Diarrhöe,
starrh, etc.
anstalt
0.
änner:
mittags
Uhr, jeden Sonn-
Uhr.
Frauen:
5 Uhr,
den Donnerstag von
Uhr.
und Frauen:
3 Uhr, jeden Sonn-
bis 10 Uhr.
stagesetzten Endzeiten.
stalt geschlossen.
Bräusebad III,
von 7 bis 1 Uhr,
bis 10 Uhr.
hrteichstraße.
Gutenbergsstraße.
4 bis 10 Uhr;
bis 9 Uhr.
bis 9 Uhr.
stagesetzten Endzeiten.
at Bielefeld.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Befehlsgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 86.

Bielefeld, Mittwoch, 14. April 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Agrarkrise in Ungarn.

Die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ in Budapest ver-
öffentlicht vor kurzem in der Zeitschrift „XX. Jahrhundert“
einen Bericht über die wirtschaftliche und politische Lage Un-
garns. Der Bericht beruht nahezu ausschließlich auf amtlichen
statistischen Material und auf den Ergebnissen amtlicher
Ermittlungen. Im folgenden geben wir aus der Publikation
einige interessante Feststellungen über die Agrarkrise.
Die Dichte der Bevölkerung ist in Ungarn sehr gering. Es
entfallen auf einen Quadratkilometer 60 Einwohner, gegen 120
in Deutschland. Von 1900 bis 1908 wuchs die Bevölkerung
in Ungarn um 19 254 000 Einwohner, gegen 13 175 088 in
Deutschland, also 68,5 Prozent der gesamten Bevölkerung.
Nur 2,9 Prozent sind im Kredit- und Handelswesen, nur 13,5
Prozent in der Industrie, 13 Prozent im Verkehrswesen be-
schäftigt. Im Bergbau schafften 0,9 Prozent der Bevölkerung,
die übrigen sind in freien Berufen, öffentlichen Ämtern, persön-
lichen Diensten und als Tagelöhner tätig. Von den 19 Mil-
lionen Einwohnern sind volle 10 Millionen völlig proletarisiert,
total heillos. Die enorme Zahl der Heillosen ergibt sich jedoch
nicht immer zu niedrig gegriffen; denn die der Statistik zugrunde
liegende amtliche Statistik zählt die Agenten, Schreiber, Ob-
stbändler, Hausierer usw. zu den „selbständigen“ Gewerbetreib-
enden und Erwerbstätigen. Ungarn steht den Kulturstaaten gegen-
über in der relativen Anzahl der in der Industrie und in der land-
wirtschaftlichen Beschäftigten. Es entfallen von 1000 Ein-
wohnern auf:

	Industrie und Bergbau	Handel und Verkehr	Landwirt- schaft
in Deutschland	374	106	375
in Ungarn	134	41	686

Fragen wir nun nach der Erklärung für diese rückständige
Entwicklung der ungarischen Industrie und des ungarischen
Städtelebens, so finden wir diese in der Verteilung und Ge-
bundenheit des Grundbesitzes und den Folgen dieser Haupt-
momente. Es besitzen da 1 353 875 Kleinbauern je 1-5 Joch, zu-
sammen 1 467 533 Hektar (1 Joch = 1,73 Joch = 0,575
Hektar, = 57,5 A.). Pro Kopf 1,6 Hektar. Somit besitzen 52,7
Prozent aller Besitzer zusammen nur 1/10 des gesamten Besitzes.
Je 5-10 Joch besitzen 1 078 069 Bauern (zusammen 1 467 533
Hektar). Es besitzen je 44,1 Prozent aller Besitzenden 48,8 Proz.
des gesamten Kulturbodens.
Kraßer ist das Bild der Verteilung der Güter von 100-1000
Joch: 16 406 Grundbesitzer verfügen zusammen über 3 399 402
Hektar, also 0,7 Prozent der Besitzer über 14,2 Prozent des Ge-
samtbereichs! — Endlich besitzen 1945 Großgrundbesitzer in Gü-
tern von über 1000 Joch zusammen 7 451 640 Hektar. Während
also 52,2 Proz., mehr als die Hälfte aller Besitzer, kaum ein
Schwanzteil des Bodens besitzen, beherrschen 0,09 Prozent der
Besitzer 31,19 Prozent, also nahezu ein Drittel! Diese Konzen-
tration des Grundbesitzes ist einzig in ihrer Art, sie ist in
dem Grade sowohl in der deutschen, französischen, holländischen,
dänischen wie auch in der amerikanischen Landwirtschaft unbe-
kannt.

Es tritt erschwerend hinzu die rechtliche Gebundenheit eines
großen Teils des ungarischen Bodenbesitzes. Im ganzen sind
17 027 625 Joch als gebundener Besitz zu betrachten, und die
Tendenz zur Umwandlung des beweglichen Besitzes in gebundenen
ist eine stetig und auffallend steigende. Die Zunahme des ge-
bundenen Besitzes betrug in den Jahren 1870-1906 nicht weniger
als 5 934 759 Joch, aber im gleichen Zeitraum ging die Zahl der
selbständigen Grundbesitzer um 118 235 zurück! Während jährlich
400 000 Güter zum Verkauf und 20 000 Güter zur Zwangsver-
steigerung gelangen, stieg der gebundene Besitz der adeligen
Herrschaften in dreißig Jahren von 463 852 auf 2 363 822 Joch,
und der gebundene Besitz der Kirche von 1 288 612 auf 2 363 822
Joch! Es verfügen die Grafen Schönborn über 516 039, Andrássy über
92 032, Zichy über 66 476 Joch. Die Besitzer dieser gebundenen
Güter sitzen im Ministerium und im Magnatenhaus, ihre
Paläste und Abteilungen beherrschen das Parlament und die Ver-
waltung und üben die Macht im Sinne des großen Grund-
besitzes aus.

Das politische und wirtschaftliche Leben unterliegt somit im
ganzen den konterrevolutionären Wünschen der Großgrundbesitzer. Die
beziehen bei geringster Produktivität des Bodens immer noch
herrschende Einkommen und sind jeder Produktionsrevolutionierung
feindlich gesinnt. Der Umstand, daß sich das Kornland in den
letzten 25 Jahren um 40 Prozent vermehrte, daß weiter 42 Proz.
des großen Grundbesitzes Waldgrund ist, zeigt deutlich die expan-
sive Produktionsweise des Großgrundbesitzes. Auf expansive
Produktionsweise deutet auch der Umstand, daß die Umwandlung
des Besitzes in möglichst viel Kornland gerade zur Zeit der
allgemeinen Getreidekrise vor sich ging. Zur Verminderung
des Weizenlandes stellte sich ein steigender Viehstand. In den
letzten Jahren stagnierte die Zahl der Rinder, die Zahl der
Schweine nahm ab, die Zahl der Pferde sank von 2 158 800 auf
1 788 416 und die der Schafe von 15 000 000 auf kaum 3 000 000.
Zur Erhaltung der Bodenkraft sind pro Joch mindestens zwei
Rinder erforderlich, in Ungarn entfällt ein Haustier auf zwei
Joch. Während so der Erschöpfung des Tierbestandes entgegen-
gestellt die Erschöpfung des Bodens folgen mußte, stieg gleichzeitig der
Export, die Veräußerung des Tierbestandes, beständig und zwar
von 681 708 Stück im Werte von 15 525 000 Kr. im Jahre 1897
auf 1 032 436 Stück im Werte von 266 400 000 Kronen im Jahre
1904.

Das vom Großgrundbesitz und seiner Verwaltung protegierte
System führte zur Unproduktivität des einst berühmten ungarischen
Humus. Die Erziehung des dem Boden rauerlich entzogenen
Kalziums, Phosphors und Stickstoffs erfolgte auch keinesfalls durch
Düngung. Während in Deutschland pro Hektar 25,4
Kilogramm Phosphorkalk verwendet, entfällt in Ungarn auf
1 Hektar nur 0,9 Kilogramm! In der Landwirtschaft be-
kannnten Stickstoffdüngemittel gelangen in Ungarn überhaupt
nicht zur Anwendung, die geleistete menschliche Arbeit aber ist
nicht als extensive denkbar; entfällt doch auf 4 Hektar nur je ein
Arbeiter, während im ganzen Lande gerade zehnmal weniger
Dampfkraft als in Deutschland und etwa nur ein Fünftel der
Eismaschinen vorzufinden sind, die in der deutschen Landwirt-
schaft gebraucht werden. Permanenter Raubbau, Mangel an

Tieren, keine Kunstdüngung, wenig und durch Gendarmen ge-
zwungene Arbeiterschaft, Mangel an wirtschaftlichen Maschinen:
das sind die Folgen der großgrundbesitzerlichen Produktionsweise
und die Gründe dafür, daß die Produktivität des ungarischen
Bodens hinter der der übrigen Kulturstaaten rapide zurückfällt.
In den Jahren 1901-1905 a. B. produzierte pro Hektar in
Metersentner:

	Korn	Weizen	Gerste	Safer
Deutschland	19,8	16,09	18,5	17,8
Ungarn	12,8	11,00	12,1	10,9

Mehr in Deutschland 62 pCt. 45 pCt. 53 pCt. 63 pCt.
Wenn wir bedenken, daß die Herstellungskosten eines Meter-
zentners Kornes 12 Kronen 78 Heller betragen, und daß der nor-
male Preis des Weizens zwischen 15 und 16 Kronen schwankt, so
können wir die Höhe des ungarischen Bauerneinkommens er-
kennen. Nehmen wir also pro Joch 8 Meterzentner als Korn-
produkt an, dessen Preis wir pro Meterzentner mit 16 Kronen
berechnen, so entfiel nach Abzug der Herstellungskosten pro Joch
ein Meingewinn von 25,60 Kronen. Wäre dieses Einkommen
auch nicht bis zwei Drittel mit Steuern und Zinsen belastet (wie
wir später nachweisen werden), es wäre doch nur bei einem
Grundbesitz von mindestens 100 Joch erst geeignet, die Grund-
schulden einer menschenwürdigen Existenz abzugeben. So bildet
dieser niedrige Einkommenfonds ein bewegendes Moment im
fortschreitenden Verelendungszustand des bäuerlichen und auch des
Gentilbesitzes. Die fluchtartig steigenden Grundschulden des un-
garischen Landbesitzes sind keineswegs die Folgen von Bodenver-
wüstungen oder ähnlichen natürlichen Aufwindungen, diese Grund-
schulden entstehen als Zuschüsse zum stetig abnehmenden Ein-
kommen, es sind reine Konsumtionskredite im trübsten Sinne
des Wortes. Die Differenz zwischen den gelösteten und den auf
den Grundbesitz neu eingetragenen Forderungen beträgt im Zeit-
raum 1877-1902 einen Überbuckel der neuen Forderungen von
rund 4800 Millionen! Die reine Grundschuld betrug im Jahre
1903 rund 1577 Millionen und bereits im Jahre 1906 war der ge-
samte bewegliche Besitz bis zu 72 Prozent des ganzen Schätzungs-
wertes eingekündigt.

Während der kleine und mittlere Besitz also infolge des
sinkenden Einkommens langsam zu Grunde geht, trachtet der
Großgrundbesitz diese Krise durch die uns unbegreifliche ge-
steigerte Ausbeutung der Arbeiterschaft wegzumachen. Die Ver-
wahrlosung der „Gutshöfe“ der Großgrundbesitzer schufen „Slaven-
knechtschaft“, der Gutshöfe und Gutshöfen zu ständigen Schuppen der
Gefolgschaft, die Gefolgschaft und Totschlag zu ständigen Schuppen der
Gefolgschaft. Wurden doch im Jahre 1906 über 5000
Arbeiter durch Gefolgschaftsstrafen zur Arbeit gezwungen! Die Le-
benslage der Landarbeiterschaft ist längst zur Menschenunwürdig-
keit erniedrigt. Es befaßen durchschnittlich Jahresentlohnungen
in den Jahren 1897 bis 1906 in Kronen:

Männer	Frauen	Kinder
mit ohne	mit ohne	mit ohne
Kopf 98	Kopf 130	Kopf 66,5
		94,9
		43,4
		64,2

Über die den Arbeitern gebotene Nahrung berichtet die En-
quete des landwirtschaftlichen Ministeriums: Die Arbeiter essen
im allgemeinen kein Fleisch, sie leben von Kartoffeln, Hafereis,
geäuertem Korn, Grütze und Maisbrei. Der Branntwein-
verbrauch schwankt zwischen einem halben und vier Liter pro Tag
und Mann; ein Komitat wird hervorgehoben, in dem die Frauen
ausnahmsweise statt Branntwein Milch zum Frühstück erhalten.
Zur Bekämpfung dieser rasanten Verelendung wurden ferner
15 000 Kronen in Kultusbudget der Antialkohol-
bewegung zugewendet, und gleichzeitig wurden die Einnahmen aus
der Branntweinsteuer mit 170 Millionen Kronen für 1909 fixiert.
— In den Komitaten Bars, Szeged, Baranya, Berek und
Gyongrad kostet das Landvolk am Mittwoch und Freitag jeder
Woche, desgleichen vom 18. Dezember bis 5. Januar; die Oster-
festen währten volle 7 Wochen, und auch von Peter-Paul ist eine
vierwöchige Fastenzeit gewöhnlich.

Die Wohnungsverhältnisse sind furchtbar. Im ganzen
Land wurden zusammen 3 227 190 Häuser gezählt, davon waren
aus Holz und Moor 1 150 313 (35,6 Proz.), aus Baumgestalt und
mit verdichteten Flechtungen 1 128 266 (35 Proz.). Nur 19,3
Prozent aller Wohnhäuser waren aus Stein und Ziegel. Ein
Drittel aller Häuser und 96 Prozent der Gefolgschaften waren mit
den Stallungen zusammengebaut; auf je eine Wohnung entfiel
1,7 Zimmer. Die Häuser sind zur Hälfte mit Stroh gedeckt, und
für die Verabreichung von 20 Millionen Einwohnern müssen
41 467 Badestuben genügen! Bedenken wir, daß Budapest,
Zembovar, Bregburg, Großwardein ufm. ziemlich alles Kultur-
relle schufen, wovon diese Statistik berichtet, so gewinnen wir
einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse des ungarischen Land-
proletariats und Bauerntums.

Für die Unterdrückungsverhältnisse ist die Tatsache kennzeichnend,
daß im Jahre 1906 nicht weniger als 300 000 Kinder im Alter
von 7-14 Jahren in der Landwirtschaft als Arbeiter fungierten!
Die jämmerlichen Verhältnisse charakterisiert die Tatsache, daß auf
je 10 Gemeinden nur ein Arzt entfällt, und daß die Tuberkulose
und alle ansteckenden Krankheiten erschreckende Fortschritte
machen. Während in Deutschland von je 100 Stellungspflichti-
gen 56,2 tauglich befunden werden, werden in Ungarn —
nach konstatierbarer infolge der Verminderung — nur 14,7 von
100 Jünglingen tauglich befunden! Der bekannte Statistiker
Kelen konnte nachweisen, daß die gesundheitlichen Defekte der
Stellungspflichtigen Folgen der Unterernährung sind und daß
diese Stellungspflichtigen den verelendeten Komitaten des
Grundbesitzes entstammen! Dasselbe gilt für die Auswan-
derung, die ja gleichfalls hauptsächlich aus den Landgebieten
flieht. Die Zunahme dieser letzten Rettungsbewegung des un-
garischen Bauerntums und Landproletariats ist eine enorme. Es
wanderten aus in den Jahren

1871-1901	559 528 Bewohner
1901-1906	657 646

Die Auswanderungsziffer der letzten 5 Jahre übertrug also
mit rund 100 000 das Auswanderungsergebnis der vorhergehenden
31 Jahre!

Manches wäre noch zu bemerken. A. B. wie das herrschende
Bolschewismus jeder Entwicklung einer Industrie den Weg ver-
rammelt und so die Verelendung des Landvolkes zu einer hoff-
nungslosen macht. Die Staatsfinanzen unterliegen einer Finanz-
politik des Grundbesitzes. Auch der Staat deckt die ordentlichen
Staatsausgaben, trotz der Verdoppelung der indirekten Steuern,
sehr oft mit Krediten, und so gelang es bald, das aktive Vermögen
des ungarischen Staates über seinen vollen Wert einzuschulden!
Die staatswirtschaftliche Bilanz Ungarns weist bereits heute ein
Passivum von 500 Millionen auf, und es ist begreiflich, wenn die

ungarische Kronenrente der österreichischen um 5-7 Prozent
nachsteht und wenn die ungarischen Papiere, trotz aller publi-
zistischen Tätigkeit der Herren Vössi und Genossen, im Ausland
stetig an Boden verlieren.

Die Agrarkrise wird den Zusammenbruch des herrschenden
Eigentums- und Wirtschaftssystems notwendig und bald zur
Bewirkung machen, und aus den Trümmern dieses Systems wird
die neue politische Richtung folgen müssen. Es fällt der Sozial-
demokratie die Aufgabe zu, auch dieses Problem zum Nutzen des
Proletariats seiner Lösung näher zu bringen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein deutscher Beamtenstag tritt am Sonntag, 18. d. M., in
Berlin zusammen. Die Tagung soll Stellung nehmen zur
Reichsfinanzreform; in der Hauptsache aber handelt es sich dar-
um, Protest gegen die Verkleppung der Gehaltsaufbesserung
der Beamten zu erheben.

Ein deutsch-portugiesischer Handelsvertrag wird dem Reichs-
tage demnächst zugehen. Der Vertrag gilt acht Jahre, läuft also
dann mit den übrigen Handelsverträgen ab, und gewährt Zoll-
ermäßigung auf Madeira und Portweine.

Eine Novelle zum See-Unfallgesetz ist im Reichsamt des
Innern fertiggestellt worden. Der Entwurf wird in diesen
Tagen einer größeren Kommission von Sachverständigen unter-
breitet und soll dann später den Interessenten zur Meinungs-
äußerung zugänglich gemacht werden.

Zur Reichsversicherungsordnung sagt die „Deutsche Arbeit-
geberzeitung“ (Nr. 15 vom 11. April), daß sie eine sorgfältige
und gewissenhafte Prüfung verdiene. Speziell sei in den Vor-
schlägen zur Krankenversicherung ein schäblicher Versuch zu
besseren Wahrung der Rechte der Versicherungsträger gegenüber
den Versicherten bemerkbar. Aber das Blatt will schon jetzt
darauf aufmerksam machen, daß es falsch wäre, diese Schwäche
als Verhinderung des Sommers gelten zu lassen und dem Ent-
wurf etwa nur darum alles andere nachzugeben, weil er allzu
berechtigten Klagen in dieser einen Hinsicht, und noch dazu ganz
und gar auf Kosten der Klagen der selbst, abzuhelfen sucht. Wer
wirklich geneigt ist, sich derart billig zu verhalten, den verweisen
wir darauf, daß nach Maßgabe der auf sozialpolitischen Gebiet
vorliegenden Erfahrungen die gesetzgebenden Körperschaften
leider mit der einen Hand das Schwere, mit der anderen nehmen
sollten, was sie mit der anderen geben.

Die Mittelstandstagung.

Zu drei großen Versammlungen hatte die Mittelstands-
vereinsung die ihr angehörenden oder nahestehenden Organi-
sationen und Interessengruppen des Reiches für den 13. April
vormittags nach Berlin einberufen, um zur Reichsfinanzreform
Stellung zu nehmen. Die Versammlung in der „Neuen Welt“
war von 3000 Personen besucht; die andere beiden Versamm-
lungen füllten sich nur langsam und schließlich mußten die in der
„Unionsbrauerei“ Versammelten geschlossen in das benachbarte
Fest der „Happoldbrauerei“ ziehen, damit wenigstens neben der
„Neuen Welt“ noch ein Saal einigermaßen gefüllt war. Das
Reichsamt war in der Versammlung vertreten. Der
Hauptreferat in der „Neuen Welt“ hatte der frühere Handels-
minister v. Berlepsch. In der Happoldbrauerei sprach der
Landeshauptmann v. Rostitz aus Pirna. Weiter sprachen der
Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Landtagsabgeordneter
Mabard, Postsekretär Stodmann, Stadtrat Seifert-Leipzig und
andere. — Die in der „Neuen Welt“ beschlossene Resolution
protestiert lebhaft gegen die Verkleppung der Reichsfinanz-
reform, die das Ansehen Deutschlands im Auslande herabzieht
und eine schwere Schädigung unseres wirtschaftlichen Lebens be-
deutet, das unter der Unsicherheit über die zu erwartenden
Steuern empfindlich zu leiden hätte. Die Versammelten erheben
den Einspruch gegen den Versuch einer ungerechten Verteilung der
Steuerlast und verlangen neben Verbrauchssteuern, die vor-
nehmlich die breiten Massen treffen, unbedingt Steuern, die den
Reichsfinanzheranbeizern. Sie bitten, diese Beihilfen unter keinen
Umständen auf die Bundesstaaten abzugeben, deren Finanzen
dadurch zerrüttet werden. In einer stark progressiven Erb-
anfallsteuer erkennen die Versammelten in der Voraussetzung,
daß kleinere Erbschaften steuerfrei bleiben, und daß Ehegatten
und Kinder milder behandelt werden, als entfernte Verwandte
und Fremde, die beste Form der Besteuerung des Vermögens
das Reich.

Rehr. v. Berlepsch bezeichnete die Finanzwirtschaft als die
schlimmste, die man sich denken könne, man müßte sie bei einem
Privatmann als eine unheilvolle Wirtschaft bezeichnen. Deutschland
wäre nie in diese Lage gekommen, wenn der Reichstag auf den
Plan des Fürsten Bismarck eingegangen wäre, ein Reichsstaal-
monopol zu schaffen. Wenn Bülow in seiner Reichstagsrede zur
Sparsamkeit mahnte, dann sei es sehr erwünscht, daß er selbst
auf diesem Gebiete mit gutem Beispiele vorangehe. Bei Heer
und Marine könne zwar nicht viel gespart werden, aber immer-
hin müßten die Ausgaben sehr genau auf ihre Notwendigkeit
hin geprüft werden. Es sei auch zu wünschen, daß man künftig die
Gelder nicht mehr für übermäßig luxuriöse Bauten ausbe.
Die Reichseinkommen- und Vermögenssteuer wäre steuer-
technisch und finanzpolitisch die beste Form einer Vermögenssteuer.
Aber die Widerstände gegen solche Steuern sind derart, daß sie
heute nicht überwunden werden können und deshalb müsse man
sich mit der Besteuerung des Erbanfalles begnügen. — Redner
zeigte dann an einem Beispiele, daß selbst der Teil der Land-
wirtschaft, der von dieser Steuer erfaßt wird, durchaus nicht
über starke Belastung klagen kann. Die tiefgehende Verstim-
mung im deutschen Volke sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß
Regierung und Reichstag der gegenwärtigen Situation rat- und
hilfslos gegenüberstehen.

In der Debatte ergriff auch der Direktor des Bundes der
Landwirte, Abg. Dr. Hahn, das Wort; er verfiel, daß die
Konferenzen durchaus nicht gegen die Heranziehung des Ver-
mögens seien. Sie würden stimmen für eine Dividendensteuer,
Möhlen-Umsatzsteuer und eine Reichs-Wertzuwachssteuer. Da-
mit treffe man den mühseligen Gewinn. Wenn die Nachschußsteuer
eingeführt werde, dann werde man nach drei Jahren die Steuer-
sätze zweifach erhöhen, und damit den Mittelstand ganz be-
sonders treffen. Auf diese Weise werde der Sozialdemokratie
direkt Vorschub geleistet.

Als Dr. Hahn davon sprach, daß die Konservativen bisher

immer die Interessen des Mittelstandes vertreten hätten, wurde ihm von der Versammlung entgegengehalten: „Kornzölle!“ Seine Rede klang dahin aus, daß er den Mittelständlern empfahl, sich nicht dazu mißbrauchen zu lassen, der Regierung aus dieser schwierigen Situation herauszuheulen; wurde er schon während seiner Rede fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen, so erscholl stürmischer Widerspruch aus ganzer Versammlung, als er geendet hatte. — Immerhin wurde Dr. Hahn von den Mittelständlern weit anständiger behandelt, als wie Prof. Adolf Wagner von den Freunden des Dr. Hahn behandelt wurde.

Ein neues Einkommensteuergesetz für Neuchâtel.

Der Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes für Neuchâtel ist seitens der Abgeordneten des Landtags zugangs. Fortgesetzt haben die sozialdemokratischen Vertreter im Landtag auf eine Abänderung des jetzigen, besonders die minderbemittelten Bevölkerungsschichten schwer belastenden Steuergesetzes hingewirkt. Was das Ministerium vorlegt, wirkt fast wie ein Hohn auf diese Forderungen. Bisher wurden Steuern von Einkommen unter 550 Mk. nicht erhoben, obwohl Steuerbefreiung für Einkommen von 100 Mk. ab bestehen. Künftig bleiben diese Fälle auch; es soll aber bis zu Einkommen von 650 Mk. keine Steuer erhoben werden. Nur wenn der Steuerpflichtige seine eigene Haushaltung hat und für Angehörige nicht aufkommen muß, soll er schon von 550 Mk. Einkommen ab zur Steuer herangezogen werden. Die Steuer beträgt bei 550 Mark Einkommen 240 Mk., bei 650 Mk. 360 Mark.

Die Steuerbefreiung für Einkommen bis zu 2400 Mark die alten Geblieben, für Einkommen von 2400—5000 Mk. sind sie erhöht worden. Von 7000 Mk. an steigt der Prozentsatz der Steuer bis 4 Prozent und bis 5 Prozent von 78 000 Mk. an; 5 Prozent ist der Maximalprozentsatz. Während nach dem Entwurf die Einkommen bis 3000 Mk. nach den Steuerlisten für das Jahr 1907 insgesamt 2865 Mk. weniger Steuern einbringen, was bei 955 Steuerpflichtigen mit 2400—3000 Mk. Einkommen ausschließlich diesen zugute kommt, sollen die Einkommen über 5500 Mk. insgesamt 87 240 Mk. mehr einbringen. Steuererleichterungen sind vorgesehen um ein bis drei Stufen für Steuerpflichtige mit vielen Kindern und bei besonderen Umständen. Sofern das Einkommen der Ehefrauen nur bis 600 Mark betrug, wurde es bisher nur zu einem Viertel dem des Ehemannes hinzugerechnet, jetzt soll es in voller Höhe dem des Ehemannes zugerechnet werden, was bei sehr vielen Personen, namentlich Textilarbeitern, geradezu eine Verdoppelung der Steuerlast bedeutet. Arbeitgeber sind für die Steuern der ihrem Haushalt angehörenden Personen (Knechte, Gejellen usw.) haftbar, bisher war jeder Arbeitgeber für jeden bei ihm in Arbeit stehenden für die Steuerleistung haftbar. Mit diesem alten Pakt soll also nur teilweise aufgeräumt werden. Ferner ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, über den Lohn der bei ihm beschäftigten Personen der Steuerbehörde Auskunft zu geben; bei den großen Einkommen ist die Drückbergerei auch ferner möglich. So bringt der Steuerentwurf der wertvollen Bevölkerung fast gar nichts besseres, zum Teil sogar ganz wesentliche Verschlechterungen. Im Landtage wird es jedenfalls zu heftigen Kämpfen kommen, denn unsere Genossen werden nichts unversucht lassen, das Steuergesetz gerechter zu gestalten.

Der vornehmste Beruf der ausländischen Presse gefährdet.

Ueber die Bestimmungen der neuen Strafgesetznovelle, die die oppositionelle Presse mundtot machen sollen, fällt Dr. Eduard Kohntrauf, Professor des Strafrechts in Königsberg, ein verächtliches Urteil. Er beipricht in einigen Artikeln in einem Königsberger Blatte die Strafgesetznovelle und schreibt zu der neuen Fassung des Beleidigungsparagraphen unter anderem folgendes:

1. Die entscheidenden Fragen sind:
a. Wird der Beleidigte durch die neue Vorschrift wirklich geschützt?
2. Bleibt das öffentliche Interesse an Aufdeckung wirklicher Mißstände gewahrt?

Beide Fragen müssen verneint werden.
Der Professor meint dann weiter, das Verlangen nach Bestrafung trotz Wahrheit der Behauptung verdiene keine Achtung. Es sei durchaus nicht gerecht, von vornherein sich für den Beleidigten zu erwärmen; das Gefühl, was wahr sei, dürfe man auch lagern, sei doch recht lebendig. Man denke sich nur einmal in die Seele eines Mannes, der in — vielleicht übertriebenem (wer mag es entscheiden?) — sittlichen Rigorismus über die unwahre, trotz größter Unfalschheit und Unrechtheit zu allgemeiner Achtung emporgelogene Existenz eines anderen seinen Mitmenschen die Augen öffnet und dem nun das Gesetz sagt: „Magst du recht haben, mag es dir gelingen, jede deiner Behauptungen zu beweisen, — bestraft wirst du auf alle Fälle.“

Weiter prüft Professor Kohntrauf die Begriffe „Privatleben“ und „öffentliches Interesse“, die, wie er meint, von gefährlichster

Dehnbarkeit seien. Und wörtlich sagt er dann: Betrifft es lediglich das Privatleben, wenn ein Arzt Schieppelder zahlt? Doch wohl. Ist nun das öffentliche Interesse berührt? Man kann sehr zweifeln. Bei einem Arzt von hoher amtlicher Stellung berührt man es vielleicht. Aber bei einem unbekannten Anfänger? Die Entscheidung wird schwer vorzuziehen sein. Nach wenn ein Mann der widernatürlichen Unzucht beschuldigt wird, unter welchen Voraussetzungen bestand ein öffentliches Interesse daran, das festzunageln und ihn unmöglich zu machen? Wenn er Untergebene oder Schüler hat und die Gefahr besteht, daß er diese verdirbt? ... Die Antworten auf solche Fragen sind so schwierig und werden so sehr von der subjektiven Stimmung des Antwortenden abhängen, daß die große politische Gefahr der Neuerung außer Zweifel sein dürfte. In besserer Absicht und dezentester Form mag die Tatsache der Allgemeinheit unterbreitet werden: Wenn das Gericht das öffentliche Interesse verneint, so rettet der für jedes Detail geführte Wahrheitsbeweis nicht vor der Verurteilung.

Der Entwurf hat das höchst sympathische Bestreben, die Sensationsjournalistik zu bekämpfen; aber er übersteht, daß der vornehmste Beruf der ausländischen Presse, öffentliche Mißstände aufzudecken, schwer gefährdet wird. Es wird eine große Selbstverleugung dazu gehören, diesem Beruf, angeht das dehnbare Begriffs „öffentliches Interesse“, noch mutig und unbefangen nachzugehen. ... Beobachtet oder nicht — sie (die Strafgesetznovelle) — wird als ein Gesetz gegen die Presse empfunden werden, als ein Bismarck für alles Streben, das öffentliche Leben sauber zu halten und als ein Widerspruch mit dem was nun einmal im Lute liegenden Recht: Was wahr ist, sagen zu dürfen. — Die Verquickung mit dem populären Vorurteil, die Diebstahlsstrafen zu mildern, wird den neuen Beleidigungsparagraphen schwerlich retten. Im Interesse der Popularität der Strafjustiz wäre es auch nicht zu wünschen!

Zentrum und Block.

Bisher hat sich das Zentrum immer so gestellt, als ob es froh sei, keinerlei Verantwortung für eine Politik tragen zu müssen, wie der Block sie bisher betrieben hat. Bei der großen innerpolitischen Debatte im Reichstage hat das Zentrum geschwiegen. Daß die Zentrumspartei bereit war, den Konservativen in ihrem Kampfe gegen die Nachschärfung beizustehen, ist bekannt. Nun hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer ausgeführt, daß die Parteikonstellation im Reichstage daran schuld sei, daß die Reichsfinanzreform nicht bereits weiter gefördert ist. Darauf erklärt die „Germania“ in ihrer Ausgabe vom Dienstagabend, die Schuld an diesem langjammen Fortgang der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform trage einzig und allein der Reichstagsführer Fürst Bülow. Er wolle die Finanzreform nur mit dem Block machen, weil er ohne diesen sich nicht in seiner Stellung behaupten zu können glaubt. Der Mann, der anderen „antinationale Arranganz“ vorwirft, macht sich nicht das Geringste daraus, das Zustandekommen der Reform zu verschleppen, obwohl diese Verschleppung dem Reiche täglich anderthalb Millionen Mark kostet. Dieser solle das Reich diesen Schaden erleiden, als daß die Reform mit dem Zentrum gemacht werde.

Dieses Klagebild anzustimmen, ist politisch wohl das Unflügste, was die „Germania“ hätte machen können; denn wenn nun schon die Schlacht verloren ist, so soll man doch den Verger darüber nicht merken lassen. Es ist klar, daß das Zentrum, dem das Weisesteheben zu langweilig wurde, in seiner Umgebung einen dummen Streich gemacht und zu früh gegen Bülow und den Block losgeschlagen hat, anstatt die Dinge richtig zur Reife kommen zu lassen. Gerade dadurch hat es Bülow die Verleumdung der Mitte im Block verhältnismäßig leicht gemacht. Nun gilt es, sich mit Anstand in die Niederlage zu finden und nicht zum Schaden noch den Spott sich aufzuladen.

Türkei.

Kontrevolution? Wien, 13. April. In Konstantinopel sind große Unruhen ausgebrochen. Die anatolischen Truppen gegen heute morgen unter Führung von Soltas aus der Kaiserin in Istanbul und forderten die Einsetzung der religiösen Scheriat-Rechte über den Sturz der Regierung. Es kam zu einem Kampfe zwischen den anatolischen Truppen und den Jägern aus Saloniki, wobei es mehrere Tote gab. Die Regierung bot die ganze Garnison zum Schutze des Parlaments und der Veste an. Die Bevölkerung ist von Panik ergriffen. In Istanbul und Galathea sind alle Läden geschlossen. Istanbul ist vom Militär abgesperrt.

Konstantinopel, 13. April. Die Aufregung wegen der in Istanbul ausgebrochenen Militärmeuterei wächst unheimlich. In Istanbul und Galathea herrscht große Panik. In Blutergrößen ist es bisher noch nicht gekommen, doch ist die Situation hoch ernst. Auch aus Mazedonien laufen bedenkliche Meldungen über Störungen unter den dortigen Truppen ein.

Konstantinopel, 13. April. Von hervorragender Seite wird mitgeteilt, daß die heute ausgebrochene Revolte, deren

Folgen unabsehbar sind, das Werk der muslimanischen Gesellschaft Ittibadi Muhammedi ist, die erst vor Monatsfrist gegründet wurde. Die Revolutionäre haben die Wiederherstellung des Scheriatrechts nach auf dem Koran beruhenden geistlichen Recht der Mohammedaner auf ihre Fahne geschrieben.

Konstantinopel, 14. April. Zahlreiche europäische Familien flüchteten auf Eisenbahnen und Dampfer. Niemand weiß, was die nächsten Stunden bringen. Man befürchtet auch griechische und armenische Unruhen.

Nach der definitiven Ministerliste wird Tewfik Pascha Großvezier, Nisaiat Pascha bleibt Minister des Aushern, Edhem Pascha übernimmt das Kriegsdepartement. Die Truppen feierten ununterbrochen Freudenfeste.

Wien, 14. April. Die Vorgänge in Konstantinopel machen hier das größte Aufsehen. Die politischen und Finanzkreise werden auf das empfindlichste berührt, da alle Aussicht für eine neue Epoche der Unruhen vorhanden ist. Die Meuterei wird in heftigen Kreisen auf englischen Einfluß zurückgeführt. Man glaubt, daß sich England auf diese Weise Hilmi-Paschas zu entledigen suche. Die Lage wird hier als sehr ernst betrachtet, da nicht abzusehen sei, bei wem die Bewegung Halt machen werde. Gerüchtheile verlauten hier, daß England die Beizung einer kleinen Insel am Eingange der Dardanellen plane.

Paris, 14. April. Die Gärung in Konstantinopel hat nach Privatberichten von dort ihre Ursache in den Feinden Hilmi-Paschas und des Kriegsministers ausgetreten. Gerüchten, die Theologenschulen sollten geschlossen und die Lernenden unter die Soltas nach asiatischen Kleinstädten verpflanzt werden.

Parteinachrichten.

Aus der Unterfränkischen entlassen. Genosse Krauß, Strahburg, der seit drei Wochen in Kolar wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft lag, wurde am Ostermontag gegen eine Kaution von 1000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Diese Kaution war schon seit einigen Tagen angeboten, aber als zu gering erachtet worden; nun auf einmal scheinen aber dem Gericht die erhobenen Bedenken gegenstandslos geworden zu sein. — Das Verfahren gegen den Genossen Krauß nimmt natürlich seinen Fortgang.

Soziales.

Ein allgemeiner deutscher Krankenkassentag findet am 17. und 18. Mai dieses Jahres in Berlin statt; er soll Stellung nehmen zu dem Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung.

Die neue Versicherungsordnung wird vom „Zentralblatt für das deutsche Vagewerbe“ besprochen. (Nr. 15 vom 9. April.) Die Besprechung bezieht sich vorläufig nur auf die Neuorganisation der Unfallversicherungen und kommt zu einem sehr abschließenden Urteil über die organisatorische Umgestaltung, die an Stelle der Vereinigungsbureauführung die Schwerfälligkeit setzt. Es heißt nach einer Schilderung des Instanzengangs:

„Daß durch eine derartige Verneuerung des bestehenden Rahmwerkes die Verwaltungsmaschine langsamer und schwerfälliger arbeiten muß, kann nach unserer Auffassung keinem Zweifel unterliegen. Schon hierin liegt ein außerordentlich schwerer Nachteil der sogenannten Reform. Es tritt hinzu, daß eine außerordentlich große Vermehrung der Kosten auch für die Versicherungsnehmer selbstverständlich herbeigeführt werden würde. Die Verwaltungskosten der Versicherungskassier sind schätzungsweise auf mindestens 40 Millionen Mark veranschlagt worden, nach unserer Auffassung zu niedrig, da bei den ungewöhnlich zahlreichen Aufgaben der Versicherungskassier ein Kostenbetrag von 20 000 Mk. für das Jahr für ein jedes Versicherungsamt viel zu niedrig gegriffen ist. Nur die Bezüge der Versicherungsamtmänner und seiner Stellvertreter werden vom Bundesstaat oder dem Kommunalverbande getragen, alle übrigen Kosten legt das Versicherungsamt vor und zieht sie von den Versicherungsbeiträgern ein. Hierbei wird die Kosten der Arbeiterversicherung, insbesondere der Unfallversicherung, ohne wichtigen Grund (einen solchen können wir nicht finden) derart zu vermehren, wie die gegenwärtige Zeit des anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs. Die Genossenschaftsmitglieder der Berufs-genossenschaften sind bereits hart an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit an gekommen und können eine weitere Vermehrung der Lasten nicht ertragen.“

Schon aus den vorstehenden kurzen Andeutungen ergibt es sich mit trauriger und unbedingter Gewißheit, daß die Genossenschaftsmitglieder alle Veranlassung haben, den Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir müssen es uns für heute versagen, auf die weiteren besonderen Bestimmungen einzugehen, von denen viele nach unserer Auffassung gleichfalls mit aller Schärfe zu bekämpfen sein werden.“

Bielefelder Stadttheater.

en. Dienstag, 13. April: Der Troubadour, Oper in 4 Akten nach dem Italienischen des S. Cammarano von Heinrich Broch, Musik von Verdi. Ueber die Oper und ihre Musik selbst noch etwas zu sagen, erübrigt sich wohl. Berthe Schelper, die uns noch aus dem Vorjahre eine gute Bekannte ist, sang die Leonore. Als Graf Luna lernten wir Josef Schubner kennen, der uns die Rolle nicht zu Dank gesungen hat. Jedoch wollen wir mit unserem Endurteil über den Sänger noch zurückhalten. Franz Wirtzhausen sang den Manrico mit Feuer, das kann man auch von Elly Freyer sagen, welche die Rolle der Azucena hatte, nur daß ihre Register nicht genügend ausgeglichen zu sein schienen.

Die vegetarische Lebensweise bei Gesunden.

Von Dr. med. Wilhelm Kühn, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)
Es ist bekannt, daß der Arzt bei manchen Krankheiten eine vernünftige vegetarische Lebensweise verordnen muß. Ueber die Notwendigkeit hierfür besteht ja auch weiter kein Streit, aber es ist die Frage zu erörtern, ob die vegetarische Lebensweise auch den Gesunden zu empfehlen ist. Gerade für die letzte Zeit ist die Erörterung dieser Angelegenheit deshalb von Wichtigkeit, weil die Preise des Fleisches, gegen das sich die Angriffe der Vegetarier in erster Linie richten, außerordentlich hohe sind. Sehen wir von anderen Venegegründen der Vegetarier ab, so kommt es in der Hauptsache auf zwei Hauptpunkte an, die Privatdozent Dr. Determann in seinen Untersuchungen über unser Thema (Beispiet zu „Medizin. Klinik“) mit Recht als wesentlich hervorhebt.

Es handelt sich nämlich einmal darum, ob die vegetarische Kost das gleiche leistet wie die fleischlose, resp. die gemischte Kost, und somit vollständig zur Aufrechterhaltung der Gesundheit genügt. Weiter kommt es darauf an, ob die vegetarische Kost nützlicher als die fleischlose ist, resp. Schädlichkeiten vermeidet, die in der fleischlosen Kost enthalten sind.

Bekanntlich haben wir unter den Vegetariern verschiedene Gruppen zu unterscheiden, nämlich Diphode und Liberale, Alt- und Jungvegetarier. Je nach der besonderen Auffassung wird von ihnen zum Teil alles verworfen, was vom Tiere stammt. Das sind die Koststiller, die sich vom lieben Vieh nicht sehr unterscheiden. Es vermehren es nämlich sogar, ihre Speisen zu kochen und essen die Früchte, Salate und einige Gemüse in rohem Zustande. Eine etwas mildere Stellung nehmen die Kocher ein, die auch Gemüse, Hülsenfrüchte, Brot und andere Nahrungsmittel, die in rohem Zustande

von unserem Magen und Darm nicht zu bewältigen sind. Die liberale Richtung der Vegetarier verwirft zwar auch den Genuß des Fleisches, aber nicht andere Nahrungsmittel, die vom Tiere abstammen, nämlich Milch, Käse, Butter, Honig und sogar Eier. Die Eieresser bilden in gewisser Weise einen Uebergang von den Fleischessern, weshalb man je nach dem Genuß von Milch (Laktovegetarier) und von Milch und Eiern (Dolaliovegetarier) Unterchiede vornimmt.

Bestimmte braucht der Mensch, wenn er leben will, eine bestimmte Menge von Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten. Man schätzt früher für Leute, die schwer arbeiten mußten, Mengen von 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fetten und 500 Gramm Kohlehydraten als notwendig an, heute aber sehr, als der bekannte Breslauer Hygieniker, Geh. Rat Prof. Dr. Hügge, durch Untersuchungen an einem Fabrikarbeiter in Leipzig, der eine schwere Arbeit zu leisten hatte, feststellte, daß dieser mit 56 Gramm, 37 Gramm und 290 Gramm der angegebenen Grundstoffe auskam. Das sind Zahlen, die unter der sogenannten Ernährungsbilanz liegen und für gewöhnlich schon in den Bereich der Unterernährung fallen.

Die meisten Menschen leben von gemischter Kost; sie genießen also auch schon an und für sich Stoffe, die der Vegetarier zum Leben benutzt, und es kommt daher im wesentlichen nur darauf an, ob die in den Pflanzen enthaltenen Eiweißstoffe gerade so gut vom Darm ausgenutzt werden, wie die der fleischlosen Kost. Im Durchschnitt ist das nicht der Fall, denn die Eiweißstoffe der Pflanzkost sind so in Zellulose eingebüllt, daß sie durch gründliches Koch- und Verflüssigungsprozeß daraus gelöst werden müssen, wenn man mit einer einigermaßen guten Ausnutzung im Darm rechnen will. Aber auch dann ist diese immer noch nicht so vollkommen wie die der tierischen Eiweiße, wodurch die so oft hervorgehobene verhältnismäßige Billigkeit der Vegetabilien eine Einschränkung erfährt. Andererseits ist eine Anregung des Darmes durch die Zellulose wünschenswert, selbst wenn dadurch die Ausnutzung etwas gehindert wird. Für Leute nämlich, die an schwerer Verdauung leiden, wird es ganz gleichgültig sein, ob sie etwas mehr oder weniger von den pflanzlichen Nahrungsmitteln zu sich nehmen müssen, wenn sie nur einen regelmäßigen Stuhlgang haben, und dieser wird eben durch die Reizung des Darmes durch Zellulose bewirkt.

Dazu kommt dann noch, daß man einem zu reichlichen Genuß des Fleisches, der Fleischbrühe, der Fleischextrakte und der Saucen, die Schuld für die Entstehung mancher Krankheiten aufrechnet. Die Ursache dafür findet man in den Purinstoffen. Eine Reihe von Stoffwechselkrankheiten, namentlich die Gicht, sollen darauf zurückzuführen sein, und namentlich dann, wenn durch die Art des Lebens die Ausscheidungsmöglichkeit eine geringere ist. Das bezieht sich besonders auf die geistigen Arbeiter, die viel sitzen, und andere Stuhlboden. Darum ist auch die Frage der förderlichen Bewegung und des Turnens für diese von grundsätzlicher Wichtigkeit und von der Ernährungsfrage nicht zu trennen.

Wenn man aus den angeführten Untersuchungen eine Schlus-

folgerung ziehen soll, so leistet die Pflanzenkost, jedoch mit Einschluß von Milch, Milchpräparaten und Eiern, für die Ernährung vollständig alles, was zur Erhaltung der Gesundheit erforderlich ist. Sie bietet auch gegenüber der fleischlosen Kost keinen Nachteil, vorausgesetzt allerdings, daß sie richtig vorbereitet und ausgewählt wird. Ganz besonders bemerkenswert ist, daß die hornfäurebildende hauptsächlich im Fleische enthalten sind. Die zwingende Notwendigkeit indes, dieses ganz zu vermeiden, ist nicht vorhanden, sondern es steht im Belieben jedes einzelnen, ob das geschehen soll oder ob man den Fleischgenuß nur einschränken will.

Wenn wir wieder auf das im Anfang Gesagte zurückkommen, so ist bei den teuren Fleischpreisen, wenn die Milch-, Pflanzenkost dem Menschen nicht schädlich ist, sondern ihm sogar noch Vorteile bringt, wohl zu berücksichtigen, daß wir bei völliger oder teilweiser Vermeidung des Fleisches weit billiger zu leben vermögen. Dr. Determann hat sich der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in einer Tabelle einen Vergleich über den Preis der circa 100 Gramm Eiweiß, die wir im höchsten Maße täglich benötigen, in einigen der gebräuchlichsten Nahrungsmitteln und Nahrungsmittel aufzustellen. Diese 100 Gramm kosten, wenn wir den definitiven Geldwert für sie in wirklich ausnahmslosem Zustande zugrunde legen, bei Weizen, Erbsen, Linsen und Auenratmehl 0,20—0,21 Mk. Dann kommt eine Gruppe, nämlich Magerkäse und Milch, mit 0,34 und 0,35 Mk., Kartoffeln mit 0,41 und dunkles Brot mit 0,42 Mk. Das Anorische Leguminosenmehl sowie die beliebten Saferlöden und dahin gehörige ähnliche Präparate, Weizenbrot und Buchweizenmehl, schwanken zwischen 0,60 und 0,72 Mk. Auch Schellfisch ist wegen seines großen Abfalls nicht ganz so billig, wie man denken sollte, und wird mit 0,89 Mk. angegeben. Sehr nahe stehen dem Eier mit 1,00 Mk. Abfall und Schellfisch (1,35, resp. 1,37 Mk.), Rüsse, ein Hauptnahrungsmittel der Vegetarier, werden in ihrer Billigkeit sehr unterschätzt, denn sie sind mit 1,66 Mk. bezeichnet und kommen dem Milch gleich und den Bananen mit 1,88 Mk. nahe. Bei allen dreien ist der große Abfall zu berücksichtigen. Mandeln und Zilet stehen mit 1,83 resp. 1,84 ziemlich auf derselben Stufe.

Man hat der vegetarischen Kost eine gewisse Eintönigkeit vorgeworfen. Das ist heutzutage durchaus nicht mehr nötig, denn unsere Nahrungsmittel hat einen derartig hohen Stand, daß sie neben seiner großen Abwechslungsmöglichkeit auch die vegetarischen Speisen sehr schmackhaft und verschiedenartig gestalten kann. Man braucht nur einmal ein vegetarisches Kochbuch zur Hand zu nehmen. — Anders steht es mit der Frage, ob wir täglich alle zur vegetarischen Kost übergehen können. Diese ist nicht unbedingt zu bejahen, sondern es ist dazu eine längere Gewöhnung nötig, weil unser Verdauungskanal von vornherein nicht die Länge und den Reizapparat besitzt, um die zellulosehaltige Pflanzenkost derartig der Ausnutzung im Darm zugänglich zu machen, daß keine Unzulänglichkeiten, namentlich keine Darmstörungen entstehen, was vor allen Dingen für Leute mit starker Lebensweise gilt.

„Mein Jäger!“
„Maria, mein Jäger!“
„Ein kleiner dum-
mitten auf dem A-
fremde Wanderer
Wagen zu springen.“
„Gaffen Sie es
ich schon.“
„Es schien in der-
nahm den Jäger a-
ruja sich erhob, d-
Augen und unwei-
fremde kam näher
mit leichtem Kopfn-
anderen Seite hin-
„Einen Augenb-
befug zu.“ „Einen
ihre Börse aus der
Herrn von der
Sie!“ „...“ „Aber
feran.“

„Vernutzen Sie
wissen nicht, mit
weber aus, als ob
noch als ob er sich
„Geben Sie mir
mit sanftem, beina-
Dabei nahm sie
bebandelschüchtern
„Sie haben red-
und dem Strahlen
immer so besorgt
dem sie freundlich
Augen wieder ab-
alle auf, vorwärts
Der Wagen r-
Oede in die Mitt-
entgegengelehrt
schaft! aber als b-
schlossen, die Leu-
er im Schutze des
beschied. Dies für
zu werden, in der
vorüber und hatte
die Fahrstraße zu

Die Generalkommission im Jahre 1908.

Die neueste Nummer des „Correspondenzblatt“ bringt eine Uebersicht über die Tätigkeit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahre.

Das Jahr 1908 stand im Zeichen einer tiefgehenden wirtschaftlichen Depression. Die Erfahrungen, die in solchen Zeiten früher in der Gewerkschaftsbewegung gemacht wurden, ließen einen Rückgang der Mitgliederzahl und demzufolge verringerte Einnahmen der gewerkschaftlichen Zentralverbände erwarten. Obwohl auch heute das wirtschaftliche Leben noch sehr daniederliegt und nicht abzusehen ist, wann eine Wendung zum Besseren eintritt, kann doch schon so viel gesagt werden, daß für diesmal die alte Erfahrung sich nicht in dem Maße wie früher bestätigt hat und wahrscheinlich auch nicht bestätigen wird. Die Gewerkschaftsbewegung ist eben stabiler geworden. Soweit die vorliegenden Berichte eine Uebersicht gestatten, haben eine Anzahl Verbände einen Verlust an Mitgliedern bisher überhaupt nicht zu verzeichnen, einige können sogar noch mit einer kleinen Steigerung der Mitgliederzahl aufwarten. Auch bei den meisten der Verbände, die einen Rückgang der Mitgliederzahl aufzuweisen haben, ist derselbe so gering, daß dadurch ihre Finanzen nur wenig berührt werden. Im allgemeinen hat also die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Bestand trotz der schweren Krisis im verfloffenen Jahre Einbuße nicht erlitten.

Die laufenden Einnahmen der Generalkommission weisen gegenüber dem Jahre vorher ein Mehr von 27.957,36 Mark auf. Der größte Teil davon entfällt auf die Mehreinnahme an Beiträgen der Verbände, er beträgt 23.404,82 Mark. Hierzu ist zu bemerken, daß bei der Berechnung der im Jahre 1908 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge zum größten Teil die Mitgliederzahlen der Verbände von 1907 zugrunde gelegt wurden. Das Jahr 1907 hat bekanntlich eine recht bedeutende Steigerung der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gebracht, die aber bei der Generalkommission in finanzieller Beziehung erst in der vorliegenden Abrechnung für 1908 zum Ausdruck kommt. Der Rest der Mehreinnahme von 4352,54 Mark verteilt sich auf die übrigen laufenden Einnahmen.

Das Mehr der Ausgaben im Vergleich zum vorausgegangenen Jahre beträgt für 1908: 14.202,21 Mark. Kennenswerte Mehrausgaben weisen auf: Titel „Generalkommission“, sowie Titel „Correspondenzblatt“ und Titel „Zentralarbeitssekretariat“. Die Mehrausgabe unter Titel „Generalkommission“ beläuft sich auf 5155,46 Mark, sie ist im wesentlichen entstanden durch die Erweiterung des Bureaus der Generalkommission und durch Einstellung eines Sekretärs. Für die „Unterstützung“ beträgt die Mehrausgabe 4916,27 Mark. Die gewerkschaftlichen Unterstützungen, die sich im Anfang nur auf 4 Wochen erstreckten, wurden im verfloffenen Jahre auf 6 Wochen ausgedehnt. Außerdem wurden im vergangenen Jahre 4 Kurse abgehalten, während es in den Jahren vorher nur drei waren. Dadurch sind die oben angegebenen Mehrausgaben entstanden. Das „Correspondenzblatt“ weist eine Mehrausgabe von 9693,50 Mark auf, die sich ergeben hat aus der Steigerung der Auflage von 2.600 auf 25.800 sowie aus der Herausgabe umfangreicher Statistiken, die dem „Correspondenzblatt“ extra beigegeben sind und der Mehrausgabe für Mitarbeiter. Die durch das „Zentralarbeitssekretariat“ entstandene Mehrausgabe beträgt 3093,74 Mark, sie ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die weitere Einstellung eines Sekretärs. Es kommt hinzu eine Mehrausgabe von 260,42 Mark, die sich auf mehrere der übrigen Positionen verteilt, so daß die hier aufgeführten Mehrausgaben zusammen 25.359,39 Mark betragen. Demgegenüber weist jedoch der Titel „Generalkommission“ unter „übrigen Ausgaben“ gegen das Jahr vorher ein Weniger auf von 4595,44 Mark, desgleichen „Operative Italiano“ ein solches von 6561,64 Mark, so daß die übrige Mehrausgabe, wie oben angegeben, 14.202,21 Mark beträgt. Für das laufende Jahr dürften sich die Ausgaben bedeutend höher stellen, weil der Generalkommission Aufgaben zugewiesen sind, deren Erfüllung nicht geringe Mittel erfordern wird.

Wie im Berichtsjahre 1906 das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und 1907 das Reichsvereinsgesetz, so beschäftigt auch im Berichtsjahre 1908 den Reichstag ein Gesetzentwurf, der für die Gewerkschaften von Bedeutung ist. Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes ging dem Reichstage Ende November 1908 zu und wurde im Dezember einer Kommission

überwiesen, die zurzeit die zweite Beratung erledigt hat und demnächst dem Reichstage Bericht erstatten wird. An dem Gesetzentwurf wurden in der Kommission, der auch drei sozialdemokratische Abgeordnete angehörten, die in leitender Stellung in der Gewerkschaftsbewegung sich befinden, einige Verbesserungen vorgenommen. Insbesondere wurde beschlossen, daß die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter zu Mitgliedern der Kammer gewählt werden dürfen. Diese Forderung wurde von den konservativen und Nationalliberalen heftig bekämpft und fand auch durch einen Teil der Freisinnigen nur eine laue Vertretung. Der Regierungsvorsteher glaubte in der Kommission erklären zu müssen, daß der Gesetzentwurf mit einer solchen Bestimmung für die Regierung unannehmbar sei. Ob es nach der Beratung im Plenum bei dieser Erklärung verbleiben wird, ist noch nicht sicher.

Von Bedeutung für die Gewerkschaften war auch eine andere Frage, welche den Reichstag in der gegenwärtigen Session beschäftigt, die Frage der Regelung der Heimarbeit. Die Regierung hat in einer Novelle zur Gewerbeordnung auch einige Bestimmungen in Vorschlag gebracht, die auf die Heimarbeit Bezug haben. Von einer ernstlichen oder auch nur annähernd verdrängenden Regelung der Heimarbeit ist dabei jedoch keine Rede. Trotzdem scheinen die Unternehmer Schlimmeres für sich befürchten zu haben. Vielleicht hatte man in Regierungskreisen auch ernstliche Absichten, die jedoch infolge des Einflusses, den die Unternehmerorganisationen auf die Regierung ausübten, nicht zur Durchführung gelangt sind. Die Ausstellung von Ergänzungen der Heimarbeit, die im Januar und Februar 1906 in Berlin veranstaltet wurde, hatte in den weitesten Kreisen Aufregung hervorgerufen. Auch die Regierungsvorsteher, welche die Ausstellung besuchten, schienen nicht abgeneigt, durch die Gewerkschaft der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die durch die Ausstellung offensichtlich wurde, Einhalt zu tun. Dieser Gefahr für ihren Geldbeutel mußten die Unternehmer vorzubeugen suchen. Die Berliner Handelskammer ließ dem Reichstage im Oktober 1906 eine umfangreiche Denkschrift zugehen, in welcher der Versuch gemacht wurde, den Eindruck, den die Ausstellung hervorgerufen hatte, abzuwischen. Die Generalkommission veranlaßte darauf die Vorstände der Organisationen, die an der Ausstellung beteiligt waren, die Angaben in der Denkschrift nachzuprüfen. Hierbei ergab sich, daß von den Unternehmern, die das Material für die Denkschrift der Handelskammer geliefert hatten, der Versuch gemacht worden ist, den Reichstag über die Schäden der Heimarbeit zu täuschen. Von den genannten Vorständen wurde das Beweismaterial hierfür zusammengetragen und von der Generalkommission in einer umfangreichen Denkschrift dem Reichstage zu der Zeit übermittelt, als die Gewerbeordnungskommission mit der Beratung der auf die Heimarbeit bezughabenden Paragraphen der Gewerbeordnungsnovelle begann.

Eine Friedensdemonstration wurde am 20. September 1908 von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Berliner Arbeiterorganisation in Berlin veranstaltet.

Einfachlich der Maidemonstration war nach langen Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission ein Uebereinkommen betreffend die Unterstützung derjenigen getroffen, die infolge Nebenlassens der Arbeit am 1. Mai ausgeperrt werden. Der Gewerkschaftscongress in Hamburg beauftragte die Generalkommission, nochmals mit dem Parteivorstand über eine anderweitige Regelung der lokalen Unterstützung zu verhandeln. Erneute Unterhandlungen in der Sache führten jedoch zu keinem anderen Ergebnis, als es in der getroffenen Vereinbarung vorlag. Der Parteitag in Nürnberg lehnte einige Bestimmungen ab, die von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen waren. Dadurch war diese hinwiegend geworden und muß es daher vorläufig bei der bisherigen Art der Unterstützung der infolge der Maidemonstration Ausgesperrten verbleiben.

Die von dem Gewerkschaftscongress angenommenen, von dem Parteivorstand und der Generalkommission ausgearbeiteten Vorläufe für eine Organisation zur Erzielung der Jugend, wurden auch von dem Parteitag in Nürnberg angenommen. Es konnte deshalb die Durchführung der Vorläufe erfolgen.

Entsprechend dem Beschluß des Gewerkschaftscongresses berief die Generalkommission eine Konferenz der Hausangestellten, nachdem durch Umfrage bei den bestehenden Vereinen eine Ueber-

sicht über den Stand der Organisation der Hausangestellten gewonnen war. Auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik kam die Konferenz zu dem Beschluß, einen Verband der Hausangestellten zu gründen. Im Februar 1909 tagte in Berlin eine Landarbeiterkonferenz, welche die Gründung eines Verbandes der Land- und Weinbergarbeiter beschloß.

Die Generalkommission hatte sich mehrfach mit Beschwerden zu beschäftigen, die über das in einzelnen Orten beliebte Verfahren geführt wurden, durch Sammlungen in ganz Deutschland die Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses oder Versammlungsraumes zu beschaffen. Nach den Erfahrungen, die bisher mit der Errichtung eines eigenen Heims gemacht sind, ergibt sich, daß selbst in Orten mit hochentwickelter Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaftshäuser sich nur schwer zu erhalten vermögen. Es werden deshalb nur in den Orten solche errichtet werden können, in denen die Mittel hierfür vor dem Kauf eines Grundstücks oder mit dem Beginn des Baues in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sei es, daß die Gewerkschaften selbst oder Privatpersonen die Summen freistellen. Wo dies nicht der Fall ist, sollte man auf ein solches Unternehmen verzichten. Durch Sammlungen oder durch anderweitige Zupaushaltung der Arbeiterkraft, außerhalb des betreffenden Ortes die erforderlichen Mittel zu beschaffen, ist in allen Fällen verfehlt.

Im Berichtsjahre beantragte der Verband der Isolier- und Steinholzkleger, der bisher der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angehörte, seinen Anschluß an die Generalkommission. Nach längeren Verhandlungen über eventuellen Anschluß dieses Verbandes an den Verband der Maurer, entschieden sich beide Organisationen für vorläufige Aufrechterhaltung des Verbandes der Isolierer und stimmte darauf der Gewerkschaftsausgleich dem Anschluß zu.

Die Agitationskommissionen für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Posen und den südlichen Teil Westpreußens, für Ober-Schlesien, für das Sauer- und Siegerland, für das Saargebiet, für Elb-Lothringen, für Rheinland-Westfalen, für Nordbayern und für Schlesien haben in der bisherigen Weise ihre Tätigkeit im Berichtsjahre fortgesetzt. Veränderungen in der Einrichtung der Kommissionen sind nicht erfolgt.

Von der Generalkommission wurde in Verbindung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine größere Agitation veranstaltet, betreffend die dem Reichstage zugegangene Novelle zur Gewerbeordnung. Eine Broschüre, enthaltend die wichtigsten die Sache betreffenden Materialien, den Vorständen der Zentralverbände und den Vertrauensleuten der Partei in entsprechenden Anzahl zur Verfügung gestellt. Die von den Versammlungen, die in allen größeren Orten stattfanden, gefaßten Beschlüsse wurden dem Reichstage übermittelt. Ferner wurde auf Anregung von Parteivorstand und Generalkommission die von den Tabakarbeitern geleitete Agitation gegen die Erhöhung der Tabaksteuer von der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterkraft unterstützt. Im übrigen wurden von der Generalkommission, wie in früheren Jahren, die Mittel für gelegentliche Agitationstouren, insbesondere unter den Arbeiterinnen, zur Verfügung gestellt. Soweit angängig, wurde auch einzelnen Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsartikeln, auf deren Antrag, eine materielle Unterstützung gewährt.

Unterstützung. Für 1908/1909 waren seitens der Generalkommission wiederum vier Unterstufen eingerichtet. Der erste Kurzus, vom 7. September bis 17. Oktober 1908, hatte 68 Teilnehmer; der zweite Kurzus, vom 2. November bis 12. Dezember 1908, 71; der dritte Kurzus, vom 4. Januar bis 13. Februar 1909, 70, und der vierte Kurzus, vom 22. Februar bis 3. April 1909, 68 Teilnehmer. Von den 277 Teilnehmern, welche diese vier Kurze beendeten, entfielen: Maurer 49, Metallarbeiter 48, Transportarbeiter 22, Bergarbeiter 16, Schneider 14, Textilarbeiter 13, Holzarbeiter 12, Zimmerer 12, Bauarbeiter 9, Gemeindegeldarbeiter 8, Maler 8, Bäcker 7, Brauereiarbeiter 6, Fabrikarbeiter 6, Steinarbeiter 6, Buchdruckereibearbeiter 4, Lederarbeiter 4, Lithographen 4, Schmiede 4, Glasarbeiter 3. Je 2 Teilnehmer entfielen: Buchbinder, Feinreuther, Gefäßarbeiter, Hotelbediener und Luftkonditeure. Je einen Teilnehmer entfielen: Bildhauer, Blumenarbeiter, Gastwirtschaftlichen, Handschuhmacher, Kupferbeschmied, Maschinisten, Mühlenarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Tapezierer, Gewerkschaftsartikeln Hannover, Agitationskommission für Oberschlesien.

„Ich ihn kennen?“ wiederholte Beroz voll Zorn und ließ Miguel verächtlich beiseite, was dieser sofort benutzte, um sich dem Bereich der Arme Beroz zu entziehen; „ich ihn kennen?“ Das will ich dir zeigen!“ und indem er Gueft zunickte, fügte er hinzu: „komm her, mein Burische, du hast nichts mehr zu bejagen.“

Gueft, den der Arm herbeigezogen hatte, ohne daß ihm der Grund desselben klar geworden war, kam unmutig näher, und Miguel benutzte die Gelegenheit, sich aus dem Staube zu machen, was den finsternen Vermutungen Guefts neue Nahrung gab. Er blieb in einiger Entfernung von dem alten Mann stehen und fragte rauh, was er sich um ihn zu bekümmern habe.

Mit der Würde des alten, im Gefehen gebähten Mannes starrte Beroz auf. Helles Mondlicht bestrahlte das Gesicht des Fremden, der ihm gegenüberstand. — Beroz Augen öffneten sich weit, sein Mund schien zu erstarren, während er rückwärts an die Mauer taumelte.

„Wer sind Sie?“ stammelte er in schlechtem Englisch.

Gueft, der es mit einem Trankensbolze zu tun zu haben meinte, gab verächtlich zur Antwort:

„Ein, der diesen verd... Unfian iatt hat und sich weder von jung noch alt länger zum Narren halten läßt.“ Mit diesen Worten wendete er sich zum Gehen.

„Nur einen Augenblick, Senor, um Gottes Barmherzigkeit willen!“ rief Beroz.

Der Ausdruck tödlicher Angst in der Stimme des alten Mannes machte selbst auf Guefts egoistische Natur so viel Eindruck, daß er stehen blieb.

„Sie sind hier fremd... nicht wahr?“ stammelte Beroz.

„Das bin ich.“

„Sie leben nicht hier in der Nähe... haben keine Freunde und Verwandte hier herum?“

„Ich sagte Ihnen ja, daß ich hier fremd bin... war ja in meinem ganzen Leben nicht in der Gegend,“ gab der junge Mann ungeduldig zur Antwort.

„Das ist wahr, ich bin ein Narr!“ murmelte der Alte. „Verzeihen Sie mir...“

„Ich bin ein Narr...“ rief Beroz zornig, indem er Miguel bei der Gurgel packte und an die Mauer drückte, „furchtlich, furchtlich, daß ich — Beroz, soll mich fürchten? Glaubst du etwa, ich würde meine Hände, die doch wohl ein besseres Bild erlegen können, mit dem Blute von Weib und Kind beschmutzen?“

„Vergib mir, Beroz,“ lenkte Miguel, den die wachsende Heftigkeit des alten Mannes erschreckte. „Vergib... ich meinte ja nur, da du ihn kennst...“

*) Deiperado, ein Mensch, den Not und Verzweiflung zu jedem Verbrechen fähig machen.

Ann. d. Heber.

Marnja.

Roman von Francis Bret Hart.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheibe.

„Mein Fächer!“ rief Marnja. „Allerheiligste Jungfrau Maria, mein Fächer!“

Ein kleiner dunkler Gegenstand lag, vom Monde beschienen, mitten auf dem Fahrwege, genau in dem Geleise, auf dem der fremde Wanderer herankam. Garnier schickte sich an, vom Wagen zu springen, Carroll zögerte sein Pferd.

„Geben Sie es gut sein,“ sagte Marnja, „der Mann bringt ihn schon.“

Es schien in der Tat, als ob er es tun würde; er stand still, nahm den Fächer auf und näherte sich dem Wagen, während Marnja sich erhob, den Schleier zurückschlug und mit leuchtenden Augen und unwiderstehlichem Lächeln die Hand ausstreckte. Der Fremde kam näher, sah Kapitän Carroll ins Auge, warf ihm mit leichtem Kopfnicken den Fächer zu und ging rasch nach der anderen Seite hinüber.

„Einen Augenblick!“ rief Marnja dem Rutscher beinahe heftig zu. „Einen Augenblick!“ wiederholte sie, indem sie hastig ihre Börse aus der Tasche zog. „Ich möchte diesem bösslichen Herrn von der Landstraße seinen Lohn geben... Hier, Sir!“

„Aber ehe sie fortfahren konnte, ritt Carroll an sie heran.“

„Bernutzen Sie sich, Sir, Salonsstall.“ hat er leise. „Sie wissen nicht, mit wem Sie es zu tun haben. Der Mann sieht weder aus, als ob er die Macht haben könnte, Sie zu beleidigen, noch als ob er sich eine Beleidigung gefallen lassen würde.“

„Geben Sie mir den Fächer, Kapitän Carroll,“ antwortete sie mit lautm, beinahe liegendem Lächeln. „Ich danke Ihnen.“

Dabei nahm sie den Fächer in Empfang, zerbrach ihn mit den behandschulten Fingern und warf die Stücke auf die Landstraße.

„Sie haben recht,“ sagte sie, „der Fächer noch nach der Honda und dem Straßentafel.“

„Nochmals Dank.“ — Sie ließ immer so besorgt um mich, Kapitän Carroll, murmelte sie, indem sie freudig zu ihm aufblickte und mit halbem Seufzer die Augen wieder abwendend fügte sie hinzu: „Aber ich halte Sie alle auf, vorwärts.“

Der Wagen rollte von dannen und Gueft kehrte von der Gade in die Mitte der Landstraße zurück. San José lag in entgegengesetzter Richtung vom Wege der verschwundenen Gesellschaft; aber als der Wanderer die Honda verließ, hatte er beschlossen, die Leute, die ihn beobachteten, irre zu führen, indem er im Schutze des hohen Kornes einen Kreis um die Schenke beschrieb. Dies führte er aus, ging, ohne von den Gästen gesehen zu werden, innerhalb des Bereiches ihrer Stimmen an ihnen vorüber und hatte bald darauf seinen Weg erreicht. Anstatt aber die Landstraße zu verfolgen, schlug er einen Wiesenspfad ein,

Unternehmer-Organis-
ationen, Streiks und
Tarife gelangten in

eine Einnahme von
1675 504,22
die Ausgabe beider
Kategorien betrug
13 13 und 14 des
77,97 Marl, Kranken-
versicherung 59 208,90
Kantinen 173 336,92
von 175 439 Marl;
Literatur (Nachrichten
zur Förderung des
Bewusstseins der
Arbeiterschaft. Die Lohn-
86,33 Marl. Durch-
schnitt auf allen Ge-
bietern aufzulösen und
Arbeitsbedingungen zu

schien 1907 in einer
Anzahl jeder Nummer
enthalten, dagegen 1908
den Vorstand heraus-
gibt der Durchschnitts-
zahlen Ausgaben zu
umgestellt; mithin
38 Prozent zu wenig
Hand in den Ver-
waltung, die zur Ver-
waltungsführer er-
nen, die Frauen dieser
Zahlen. So heißt
Bauhilfsarbeiter eine
und Sonne in ihr

trah zum großen Teil
licher Natur in An-
ne zu wählende Be-
nd wird von verschie-
Unterstützungswesen
bittlicher Unterstü-
einigen Zukunfts-
ren. Um 6 Uhr wird

versammlung eseniller.

St. a. g.

m mit einem kurzen
anlungen und des
llen anwendenden
für die Dauer der
Bureaus wird in die
der Vorstände Blum
ausgearbeitete Vorlage
Unterstützungswesen
nicht unter die Ver-
ung des Statuts war
als ob die Regierung
unter besondere Ge-
e bereits mehrere Au-
us vom Aufsichtsrat
wegen der Mitglieder
Grund ist, den die
Regierungsmacht be-
nutzt, wird den Mit-
gliedern der Unter-
stützungen ge-

legen auch einmal an
da die Mehrzahl der
Teil der ausländischen
der Beiträge zahl, als
der streift dann eine
von Beamten be-
schäftigt.
beamten usw. von den
a. Durch verschiedene
rührung dieser An-
stellungen tritt Re-
Entwurf anzunehmen
ung auf seine Brauch-

Es wird sofort in die
getreten.
Namen „Verband der
dersele erstreckt sich
nden Nebenbetrie-
erindustrie beschäftig-

n Sitz des Verbandes.
den Sieg davon. Dem
und der zu gewähren-
nder Zusatz angehängt:
ähnlichen Unter-
stützungen
en ein flagbares Recht

und des in den Zahl-
über die bestehenden
Debatte. Kollege
die Parteiführer nicht
Bis, gewonnen werden
Form von extra frei-
Kollege Wein-
biet Offenbach, gleich-
ter Angelegenheit. Dort
t, im Gegensatz zu den
legenden Orte, in denen
t Offenbach sind. Dies
sein, diese Mitglieder
den. Es soll aus dem
a 14- bis 15 000 Marl
ne an diese Zahlstellen
sollen dem für das In-
des überwiesen werden,
erstützung gegen einen
nam den Saiten wie
werden; für letztere soll
e bei der Vermittlung
haben, im Gegensatz zu
9 Marl betrug. — Die
Länge. Die Verband-

veigung.

ne. Zwischen dem Vor-
des Bauhilfsarbeiter-
ne Vorlage vereinbart,
iter als Grundlage der
Danach führt der neue
Arbeiterverband „über
schlands“. Zugelassen
tebau beschäftigten Ar-

beiter, mit Ausnahme der Angehörigen solcher Berufe, für die
eine der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
angehörige besondere Organisation besteht. Die Vorstände
der Zweigvereine sollen, soweit es möglich ist, aus Angehörigen
der gelehrten und nicht gelehrten Arbeiter zusammengesetzt sein.
Sind Abteilungen gebildet, dann ist der Zweigvereinsvorstand
durch Vertreter dieser Abteilungen zu ergänzen. Die Ver-
waltung des Verbandes soll in jedem Zweigverein ein-
heitlich sein. Paritätisch (etwa der Hälfte der Mitglieder ent-
sprechend) sollen auch alle übrigen Instanzen des Verbandes zu-
sammengesetzt sein. Die Erwerbslosenunterstützung bleibt bei
der Verschmelzung zunächst außer Betracht. Die übrigen Unter-
stützungen sollen nach den bisherigen beiderseitigen Statuten ge-
regelt werden.

Zur Abwehrbewegung der Holzarbeiter in Rheinland-West-
falen. Im allgemeinen läßt der Beschäftigungsgrad in der Holz-
industrie noch sehr zu wünschen übrig, doch ist die Zahl der Ar-
beitslosen in den letzten Wochen in einer Reihe von Großstädten
erheblich zurückgegangen. In Rheinland-Westfalen sind in den
einzelnen Orten, Dortmund, Gelsenkirchen, Banne, Neefling-
hausen, Hagen, Mülheim usw., durchweg die doppelte Anzahl
Bauten angemeldet als im Vorjahre. Dazu kommen in einzelnen
Orten eine Reihe öffentlicher Gebäude, für welche die Tischler-
arbeiten in absehbarer Zeit fertiggestellt sein müssen.

Daher der „Arbeiterverband für das Baugewerbe“ sich diese
Zeit ausgesucht hat, seine Pläne zur Durchführung zu bringen,
ist nicht besonders fragwürdig. Aber man glaubt die Meister, welche
jetzt froh sind, für einige Zeit Arbeit zu haben, zwingen zu können,
den „Machtwort“ zu folgen. Das nachfolgende Schreiben
wurde in den letzten Tagen verfaßt:

Ortsverband der Arbeiter für das Baugewerbe
zu Dortmund.

Dortmund, den 5. April 1909.

Geehrter Kollege!

In der am 3. d. M. stattgefundenen Versammlung der

Arbeiter für die Schreinergruppe sind folgende Beschlüsse

gefaßt worden:

1. Diejenigen Kollegen, welche die Bekanntmachungen nicht

zum Ausdruck gebracht haben, sollen nochmals aufgefordert

werden, dem Beschlusse Folge zu geben.

2. In den Werkstätten ist die zehnstündige Arbeitszeit ein-
zuführen, soweit solches nicht direkte Unzulänglichkeiten mit

sich bringt.

3. Die Lohnherabsetzung wurde von sämtlichen Anwesenden

ohne Widerspruch nochmals genehmigt. Der Abzug soll in

der Weise geschehen, daß die 5 Prozent vom 1. April d. J. ab

von der vollen Lohnsumme gekürzt werden; auch bei neu ein-
gestellten Gesellen soll genau so verfahren werden.

Es wird den Kollegen nochmals zur Pflicht gemacht, diese

Beschlüsse unter allen Umständen zur Ausführung zu bringen,
da andernfalls seitens des Verbandes Mittel und Wege ange-
wandt werden müssen, die Durchführung zu erzwingen.

Alle Arbeitsverhältnisse, welche infolge obiger Maß-
nahmen erfolgen, sind sofort dem Bureau der Geschäftsstelle,
Höringstraße 1, zu melden.

Hochachtung!

Ortsverband der Arbeiter für das Baugewerbe Dortmund.

J. A. H. Zimmerer, Schriftführer der Schreinergruppe.

In einigen Betrieben in Dortmund verlangten nun vier Ar-
beiter von den Arbeitgebern, sofort wieder 10 Stunden zu

arbeiten, worauf die Arbeit eingestellt wurde. Sofort nach

dem wurden weitere Arbeitsverhältnisse folgen.

In Berlin bereiten sich die „Gelben“ zu Ausreißerfahrten

vor, so daß die Mahnung, den Bezug von Tischlern und Ma-
schinarbeitern nach Westfalen fernzuhalten, dringend wieder-
holt werden muß.

Befreiung der Freizügigkeit. Der Gesamtverband

deutscher Metallindustrieller verleiht als Rund-
schreiben Nr. 36 pro 1909 eine Liste von Formern und Ge-
werkschaften, welche die Arbeit bei der Armaturen- und Ma-
schinenfabrikation in Begleit der Freizügigkeit wegen schlechter Ver-
hältnisse aufgeben haben und abgemeldet sind. Diese

Befreiung der Freizügigkeit ist um so toller, wenn man überlegt,

wie die Verhältnisse in einer Fabrik beschaffen sein müssen, um

die Arbeiterfreizügigkeit in dieser Zeit der Krise zum Verlassen ihrer

Arbeitsstelle zu veranlassen. Die Gemeinnützigkeit der

Schwarzarbeiterverbände kann nicht treffender illustriert werden

als durch dieses Vorgehen gegen Arbeiter, denen man selbst in

dem geheimen Rundschreiben nichts Angehöriges nachzuweisen

wagt, deren einziges Verbrechen vielmehr zugestandenemmaßen

darin besteht, daß sie sich ihnen unerträglich gewordenen

Verhältnissen zu entziehen trachteten.

Die Lohnbewegung der Maurer in Norheim (Worms-Fran-

kenthal) fand bereits nach 1½ Tagen Arbeitsunterbrechung ihren

Abbruch. Das erzielte Resultat ist recht befriedigend. Seit

bestand 11stündige Arbeitszeit bei täglichem Durchschnittslohn

von 4 Mk. für Maurer und 3 Mk. für Hilfsarbeiter. Nach den

neuen Vereinbarungen ist die Arbeitszeit auf 10 Stunden fest-
gelegt; der Stundenlohn beträgt für Maurer 47 Pfg. und für

Hilfsarbeiter 35 Pfg.

Der Arbeiterstreik bei der Firma B. Neugebauer & Söhne

a. Karl Postpichl in Langenbielau wurde am

6. April durch Vergleich beendet. Der Hauptdifferenzpunkt

bestand noch in der Verweigerung von Schutzschlägen für breite

Ware; hierin hat die Firma weiteres Entgegenkommen gezeigt

und bei Ware über 125 Zentimeter breit einen Zuschlag von

14 Pfg. pro Schutz bewilligt. Der Grundlohn wird berechnet

auf 15 Schutz pro Zentimeter; für jeden weiteren Schutz im

Zentimeter ist der Zuschlag zu zahlen. Weiter wurde vereinbart,

daß keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen und daß

jeder Streikende resp. Ausgesperrte seinen alten Arbeitsplatz

wiederbekommt. Ferner ist mehrfach in der bündigsten Form

versichert worden, daß bei schlechten Erträgen der durchschnittliche

Tagelohn gezahlt wird. Dieses Ergebnis ist in Verhandlungen

des Arbeiterausschusses der Firma Neugebauer u. Postpichl

und des Vertreters des Unternehmerverbandes der Textilindu-

striellen erzielt worden. Es ist also von beiden Seiten etwas

nachgelassen worden. Die Streikenden beschloßen darauf mit

175 gegen 61 Stimmen Wiederannahme der Arbeit. Zur Be-

Auf dem Verbandstag der Glaser in Nürnberg wurde die

Frage des Anschlusses des Glaserverbandes an den Holzarbeiter-

verband verhandelt. Die Verschmelzung wurde nach sieben-

stündiger, teilweise sehr hitziger Debatte mit 15 gegen 13 Stim-

men abgelehnt. Mit gleichem Stimmenverhältnis wurde die

Vornahme einer Urabstimmung über diese Frage und ein Ein-

trag Hamburg, der Verhandlungen mit anderen Verbänden des

Baugewerbes zur Gründung eines allgemeinen Bauarbeiter-

Verbandes wünschte, abgelehnt.

Maurer- und Zimmererstreik. Wegen Kürzung des Stun-

denlohnes haben in sämtlichen Baugewerken in Lenin (Marx)

und Umgebung sämtliche Maurer und Zimmerer heute die Ar-

beit eingestellt. Bezug nach Lenin ist fernzuhalten.

Genossenschaftsbewegung.

Der 6. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes

deutscher Konsumvereine findet in der Zeit vom 14. bis 16. Juni

in Mainz in der Stadthalle statt. Auf der Tagesordnung

steht ein Vortrag des Generalsekretärs des Internationalen

Genossenschaftsbundes, Dr. Hans Müller, über die Aufgaben

und Ziele des Internationalen Genossenschaftsbundes, der in

der Eröffnungssitzung gehalten werden soll. Am ersten Ver-

bandlungstage erstattet Herr Rabenold den Bericht des Vor-

standes, Herr Generalsekretär Kaufmann den Bericht über die

Tätigkeit des Sekretariats und die Unterzugsstelle des Zent-

ralverbandes deutscher Konsumvereine. Herr Dr. Aug. Müller

wird über Produktionsverhältnisse und Konsumantenorganisationen

sprechen, und Herr Reichardt wird die Frage der Errichtung

genossenschaftlicher Ferienheime behandeln. Am zweiten Ver-

bandlungstage gelangt die Revision der Tarife mit dem Ver-

bande der Bäcker, Konditoren und Berufsgenossen und dem

Deutschen Transportarbeiterverband zur Verhandlung. Das

Referat hierüber hat Herr v. Elm übernommen, während über

die Tätigkeit des Sekretariats Herr Lorenz spricht. Wahlen und

andere geschäftliche Angelegenheiten schließen sich dem an. Am

Abend wird die Grobstaats-Gesellschaft, Deutscher

Konsumverein ihre Generalversammlung im Anschluß an den

Genossenschaftstag am 17. Juni gleichfalls in Mainz abhalten,

während der Zentralverband deutscher Konsumvereine Tagungen

seiner Funktionäre, des Ausschusses und anderer Korporationen

in den Tagen vor Eröffnung des Genossenschaftstages stattfinden

läßt. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher

Konsumvereine im Jahre 1908 werden wir eine orientierende

Uebersicht veröffentlichen, wenn die Verbandsstatistik vorliegt.

Als hervorragendes, wie es scheint aber auch zugleich einziges

Beispiel des Erfolges eines Rabattparvereins, das immer wie-

der aus neue vorgeführt wird, muß der Rabattparverein der

Umgebung dienen, daß in Bremen das Rabattparvereins-

eins Konsumvereins um ein paar hunderttausend Mark zurück-

gegangen ist, seitdem der Rabattparverein dort war. Auch in

der Nr. 4 der „Deutschen Rabattparvereinszeitung“ werden

darüber wieder Jubelklangen angestimmt. Die vorgeführte

Böhen lassen aber ersehen, daß in derselben Zeit der Umkreis des

betreffenden Konsumvereins im eigenen Geschäft — und das ist

das Entscheidende — von 1 670 751 Mk. auf 2 503 803 Mk. stieg.

Wo bleibt also der „Erfolg“ des Rabattparvereins? Hierüber

ist in Bremen auch noch eine zweite Konsumgenossenschaft ge-

gründet worden, die im ersten Jahre ihres Bestehens einen Um-

satz von einer Million Mark erzielte. Das zu erwähnen verzieht

aber die „Rabattparvereinszeitung“, weil es ihre ganze Be-

wechslung über den Haufen wirft. Die Rabattparvereinszeitung

müssen sehr bedauerliche Leute sein, wenn solche „Erfolge“ wie in

Bremen ihnen schon die Fähigkeit zu objektiver Betrachtung der

Dinge rauben.

Die bänische Großhandels-Gesellschaft verzeichnet für das

Jahr 1908 eine Steigerung des Umsatzes von 41 171 273 Mark

auf 46 425 329 Mk., wovon auf den Umsatz der Produktiv-
Anlagen 4 445 782 Mk. gegen 3 653 751 Mk. im Vorjahre ent-

fielen. Die Gesamtumsatzsteigerung betrug 5 254 056 Mark. An

Reinüberschuß wurden erzielt 2 038 315 Mk. gegen 1 931 841 Mk.

im Jahre 1907.

Erzählungen Austritte von Postbeamten aus der Konsum-

und Produktivgenossenschaft „Verzierung“ in Elberfeld. Seit

einiger Zeit machte die Geschäftsleitung der Konsum- und Pro-

duktivgenossenschaft „Verzierung“ in Elberfeld die Beobachtung,

daß Postbeamte ihre Mitgliedschaft im Verein kündigten. Das

erhielt sich auffällig, da die Austrittenden zum Teil langjährige

Mitglieder des Vereins waren. Man suchte daher die Ursache

trächtigen, wenn nicht ganz unterbinden würden. Der Tarif

soll eine Minimalrate und eine um 20 Prozent höhere Maximal-

rate vorsehen, die Minimalraten werden den Staaten zuge-

geben, die Amerika die Meistbegünstigung gewähren. Die

Situation ist für die deutsche Exportindustrie um so bedenklicher,

da auch die Minimalraten besonders für Textilprodukte be-

trächtlich höher sind als die geltenden Tariffsätze, so daß eine

Schädigung auch eintreten würde, wenn ein Zollkrieg mit der

Union vermieden und noch eine Verhinderung der Abfuhr des

bestehenden provisorischen Abkommens erzielt würde. Eine

Steigerung erfahren nach dem neuen Gesetz die Zölle aber noch

weiter dadurch, daß die Vertermittlung bei der Zollsetzung nach

völlig neuen Grundsätzen erfolgen soll. Zur Vorbereitung dieses

Tariffgesetzes hatte die amerikanische Regierung die an der Aus-

fuhr nach Amerika beteiligten Industrien um Angaben ihrer

Produktionskosten ersucht. Die deutschen Fabrikanten haben die

Erteilung der verlangten Auskünfte mit der Begründung ver-

weigert, daß eine Beantwortung der gestellten Fragen die Preis-

gabe ihrer Geschäftsgeheimnisse bedeuten würde. Die Herren

Fabrikanten hätten sich wohl fragen müssen, daß durch die Nicht-

beantwortung in seinem Falle die geplanten Zollherabsetzungen

verhindert werden könnten, daß im Gegenteil durch

die Verweigerung der Auskünfte den Anhängern der Zoll-

erhöhung willkommenes Material geliefert wird. Die amerika-

nische Regierung erbat nun von dem Auswärtigen Amt offizielle

Informationen über Löhne und andere Produktionskosten der in

Deutschland hergestellten Artikel, die für den amerikanischen

Tarif in Frage kommen. Daß diesem Ersuchen Folge geleistet

wurde, gibt der „Deutschen Exportrevue“ zu heftigen Angriffen

gegen das Auswärtige Amt Anlaß, sie steht in der Mitteilung

der gewünschten Angaben den Verrat von Geschäftsgeheimnissen

der deutschen Industrie an die Amerikaner. Von Bedeutung

scheinen uns diese Angriffe nur deshalb, weil aus ihnen hervor-

geht, wie die Industriellen das Auswärtige Amt und seine Leiter

einschätzen. Die Industrieherrn haben natürlich nie daran ge-

achtet, daß das Auswärtige Amt das Material über die Produk-

tionsverhältnisse in Deutschland in der Absicht gegeben hat, die

deutsche Industrie zu schädigen, sie können nur annehmen, daß

dies aus Unkenntnis und Unfähigkeit oder beidseitig gefaßt, aus

Dummheit erfolgt ist. Diese Einschätzung der geistigen Kräfte

des Auswärtigen Amtes in der deutschen Industrie verdient in

jedem Falle vorgemerkt zu werden. — Das Auswärtige Amt hat

sich zu einer offiziellen Erklärung veranlaßt gesehen. Durch die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt es mitteilen, daß in den

Berechnungen, die vor dem mit der Aufstellung eines neuen

Kollisionsentwurfs betrauten Finanzkomitees des amerikanischen

Repräsentantenhauses stattgefunden haben, seitens der amerika-

nischen Industriellen vielfach irrthümliche Angaben über die deut-

lichen Produktionskosten und insbesondere über die Arbeitslöhne

gemacht worden sind, indem diese Löhne erheblich zu niedrig

eingeschätzt wurden. Dieser Tatsache ist seitens der deutschen

amtlichen Stellen besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht

und es ist das Erforderliche getan worden, um durch die Han-

delskammern die vorgekommenen Irrthümer aufzuklären und

richtig zu stellen. Das durch die Handelskammern gelieferte

Material ist dem amerikanischen Botschafter, der den Wunsch

ausgesprochen hatte, zuverlässige Angaben über die in Rede

stehende Frage zu erhalten, mitgeteilt worden. — Die Angriffe

der Industriellen in der „Exportrevue“ scheinen lediglich erhoben

zu sein, weil die Fabrikanten mit den angegebenen Löhnen

nicht einverstanden sind. Haben beide Parteien nur das Ver-

langen, die Wahrheit festgestellt zu wissen, so werden die Ge-

werkschaften gewiß bereit sein, in diesem Streit das Schieds-

richteramt zu übernehmen.

ssc. Automobil-Statistik für 1908. Die am 1. Januar vor-

genommene Zählung von Kraftwagen im Deutschen Reich ergab

dem letztvergangenen Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deut-

schen Reiches zufolge einen Bestand von 41 727 Kraftwagen

(gegen 36 022 am 1. Januar 1908), von denen 39 475 = 94,6 Pro-

zent der Personenbeförderung, 2252 = 5,4 Prozent der Lasten-

beförderung dienten. Unter den Personenzugängen befanden

sich 20 928 = 53 Prozent Kraftwagen, unter den Lastfahrzeugen

dagegen nur 248 = 11 Prozent. Von den der Personenbeför-

derung dienenden Fahrzeugen fanden 1 Prozent vorzugsweise

Verwendung im Dienste öffentlicher Behörden, 5,9 Prozent im

öffentlichen Fuhrverkehr (Droschken, Omnibusse usw.), 40,8 Pro

und Gefahren

Heute, Donnerstag, Freitag und Sonnabend
gelangen zum Verkauf

2173

ca. 2000 Meter Kleiderstoff-Reste u. Abschnitte

und zwar:

Serie I

jeder Rest
per Meter

1 00
M



Reinwollene Cheviots . 110 cm breit
Satintuche 110 cm breit
Reinwollene gestreifte Blusenstoffe
Reinwollene karierte Blusenstoffe
Halbwollene karierte u. gestreifte Stoffe
Schwarze und farbige Fantasiestoffe



Serie II

jeder Rest
per Meter

65
S

2 Zentner Schürzendruck

Fabrikreste, bekannte Qualität

Serie I

Serie II

120 cm breite Ware

140 cm breite Ware

Meter **39** S

Meter **49** S

Alsbergs Hemdentuch-Coupons

Marke A

Marke B

10 Meter **3 85**

10 Meter **4 85**

Diese beiden Qualitäten sind seit Jahren von uns
geführte und erprobte Qualitäten, die wir dem kaufenden
Publikum besonders empfehlen.

Grosse Posten Seidenstoff-Reste und Abschnitte

bis 1 Meter lang

jeder Rest
zum Aussuchen **85** S

S. Alsberg & Cie.

Stadttheater.

Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Undine.

Donnerstag, den 15. April 1909,

abends 7 1/2 Uhr:

— Zum 2. Male! —

Tiefland

Hansa-Backpulver



ist das Beste!
Stahmer & Wilms
Hamburg

Für 50 Hansabons erh. Sie eine
Dose ff. Kakao u. fr. v. u. Verfr.

Reelle und gute Bedienung.

Sämereien

nur allerbeste, wirklich sortenechte
zuverlässige Qualitäten, in allen
Sorten empfiehlt billigst

Hch. Schnittker

Samen-Groß-Handlung
und Gärtnerei

Fehrbellinerstraße 7

Komme zu jedem Markttage,
Stand 189, letzte Halle. 2096

Bohnen-Einladungen

liefert Buchdruckerei Volkswacht.



Nähmaschinen u. Fahrräder

2166* aller Systeme.

Unterricht in mod. Maschinenstickererei.

Kein Laden, nur Lager,
daher billigste Lieferung.

Teilzahlung gestattet.

Heinr. Tubbesing,

Bielefeld, Chlentruppenweg 11.

Bielefelder allgemeine Ortskrankenkasse.

Dienstag, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Lokal des Herrn Glbracht, Herforderstraße 5, wozu die
Vertreter hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung und Bericht des Vorstandes
und der Revisoren.
2. Verschiedenes.

2163

Der Vorstand.

Blumenhalle „Edelweiss“

Heeper- und Kaiserstr.-Ecke. — Fernruf 1576.

Billigste Bezugsquelle für

Kranz- und Bouquetbinderei
Brautkränze, Brautschleier
Brautsträuße, Tannenguirlanden
alles in feinsten Zusammenstellung. 1810

Topfblumen billigster Marktpreis.

In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? S. Heims.

Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.

Dalli- Seifenpulver

das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!



Phonographen von 4.50 an

Sonstige Apparate, Walzen,

Platten, sowie alle Musik-

Instr. in grösster Auswahl.

Fr. Werpel, Herford

Spezialgeschäft 11265
für Musik-Instrumente.

Bekanntmachung.

Baumfrevler.

In Rücksicht auf die stets sich wiederholenden bedauerlichen
und frivolen Beschädigungen unserer Baumpflanzungen bitten
wir unsere Einwohnerschaft, doch mitzuhelfen, daß Personen,
welche in absichtlicher Weise Baumfrevler ausüben, ihrer wohl-
verdienten strengen Strafe entgegengeführt werden. Wir ver-
pflichten uns zudem, eine Belohnung von 10 Mk. (und nach
Umständen mehr) an denjenigen zu zahlen, welcher Baumfrevler
uns oder der Polizei-Verwaltung mit dem Erfolge zur An-
zeige bringt, daß der Täter vor Gericht zur Verantwortung
gezogen werden kann.

Herford, den 24. März 1909.

Der Magistrat. Buse.

Peru-Guano

(„Füllhornmarke“)

sowie sämtliche andere Düngemittel

1833 empfiehlt

Otto Lorenz,

Herforderstraße.

Trinkt Aha's Excelsior!

Geschäfts-Karten

liefert in feinsten Ausführung

billigst

Buchdruckerei „Volkswacht“.

Junger Antscher,

solider, der auch andere bei mir vor-
kommende Arbeiten verrichtet, wird
zum sofortigen Eintritt gesucht. Kost
und Logis im Hause. 2170

Emil Tölmann.

Herford.

Wegen Räumung meines

Ladens,

Lübberstrasse 13,

verkaufe ich 1555

Kochherde und Oefen

zu bedeutend herabge-
setzten Preisen.

August Schrader,
Lübberstrasse.

1200 Meter

vom Bahnhof Bielefeld-Ost

Besitzung

im Erdgeschoss zwei Arbeitsräume je
30 Quadratmeter groß, 3 Wohnungen
je 3 Zimmer enthaltend, große Keller,
Bodenraum, Stallung und Garten
mit Einfahrt, anderer Verpflegung
halber bei kleiner Anzahlung billig
zu verkaufen und event. sofort frei.
Anfragen unter Z. 24 besorgt diese
Zeitung. 2071